Ein Cowboy in Russland

Ashley Chester Corlett kommt eigentlich aus dem US-Bundesstaat Wyoming, dort lernte er den Umgang mit Rindern von klein auf, ein typisches Cowboyleben eben. Bis ihn der größte russische Rinderzüchter, die Miratorg Agribusiness Holding, kürzlich anheuerte und zusammen mit ein paar amerikanischen Kollegen auf eine Farm ins Dorf Walujez in der Region Brjansk holte. Dem Unternehmen gehören 360 000 Rinder. Corlett sitzt gerade in der Scheune, kurze Pause. Gleich geht er wieder raus. Dann bringt er Russen bei, wie man ein richtiger Cowboy wird.

Analyse

Die Mord-Legende

Polens neue Regierung will das Unglück von Smolensk umdeuten.

Die Stimme des Bordcomputers schnarrte: „Pull up, pull up“. Sekunden später zerschellte die Maschine des polnischen Präsidenten nahe der russischen Stadt Smolensk. Lech Kaczyński starb und mit ihm seine 95-köpfige Entourage. Das war am 10. April 2010, vor fast sechs Jahren. Zwei offizielle Untersuchungsausschüsse nannten als Unglücksursache dichten Nebel, Fehler der Crew und des russischen Towers. Für viele von Kaczyńskis nationalkonservativen Anhängern ist es aber bis heute eine unerträgliche Vorstellung, dass Leichtsinn und schlichte Schlamperei den Präsidenten das Leben gekostet haben sollen, der auf dem Weg zu einer Gedenkfeier für das Massaker von Katyn war – dort hatte 1940 der sowjetische Geheimdienst mehr als 22 000 Polen ermordet. Der Warschauer Verteidigungsminister bestellte vergangene Woche einen weiteren Untersuchungsausschuss. Wie bis zu 50 Prozent der Polen will auch er nicht an einen Unfall glauben, sondern vermutet Mord – schließlich habe es eine Explosion an Bord der Maschine gegeben. Das Gremium soll Material liefern, um angeblich Mitschuldige vor Gericht bringen zu können. Gemeint sind Politiker der damaligen liberalen Regierung – allen voran Donald Tusk, heute EU-Ratspräsident. Tusk habe die Regierungsmaschine angeblich nicht mit der besten Technik ausgestattet und ausgerechnet den Russen die Aufklärung des Absturzes überlassen.

Für den Zwillingsbruder Kaczyńskis, Jarosław, der seit Kurzem wieder die Regierungsgeschäfte in Warschau dominiert, könnte das Narrativ vom Anschlag zur starken innenpolitischen Waffe werden. Nach seiner Lesart ist nur ein guter Pole, wer an die Anschlagstheorie glaubt, die anderen seien Verräter. „Die Religion von Smolensk fordert Scheiterhaufen“, warnte vor zwei Jahren der Publizist Waldemar Kuczyński. Es sieht so aus, als würden sie gerade errichtet. Jan Puhl

JAMES HILL / LAIF

Fußnote

158 Tage

war die italienische Stadt Bologna im letzten Jahr teilweise lahmgelegt, weil öffentlich Bedienstete ihr Recht auf gewerkschaftliche Versammlungen während der Arbeitszeit nutzten. Beim Fußball-Erstliga-Spiel gegen den AC Florenz fehlte es in Bologna zuletzt gar an Polizisten. Gewerkschaftern, die das Volk als „Geisel" nähmen und Italiens Interessen schadeten, hat Premier Matteo Renzi wiederholt den Kampf angesagt.

Japan

Abes Zensurpolitik

Hiroko Kuniya zählt zu Japans letzten kritischen TV-Moderatoren. Doch ab April soll sie ihre Nachrichtenshow nach 23 Jahren abgeben – wie andere bekannte Journalisten ist auch sie ins Visier von Premier Shinzo Abe geraten. Der Stuhl der 59-jährigen Moderatorin begann zu wackeln, als sie im Juli 2014 den Kabinettschef des Premiers mit einer zuvor nicht abgesprochenen Frage in Verlegenheit brachte. Dabei ging es um Japans pazifistische Verfassung, die der nationalistische Regierungschef jetzt ändern will. Mit ihrer Frage verstieß die Journalistin gegen die selbst auferlegte Zensur, die der öffentlich-rechtliche NHK-Sender pflegt. Der unter Abe eingesetzte NHK-Chef Katsuto Momii beschrieb seine regierungstreue Linie einmal so: „Wenn die Regierung ‚rechts' sagt, können wir nicht ‚links' sagen."

TORU HANAI / REUTERS

Abe

Aber auch private Sender knicken ein, wenn die Regierung Druck macht: TV Asahi trennte sich von Kommentator Shigeaki Koga – er hatte den Premier mit der Bemerkung kritisiert: „Ich bin nicht Abe!" Mit Blick auf die angepeilte Verfassungsänderung agiert das Kabinett Abe gegenüber Pressevertretern inzwischen ganz ungeniert: Die Regierung könne den Betrieb von Sendern stoppen, wenn diese voreingenommene Programme sendeten, drohte am vergangenen Dienstag die Ministerin für Innere Angelegenheiten und Kommunikation, Sanae Takaichi, kritischen Journalisten im Parlament. ww

Iran

„Wir haben mafiöse Strukturen"

Der Reformpolitiker **Ebrahim Asgharzadeh,** 60, über den Streit um die Kandidaten für die Parlamentswahl am 26. Februar

SPIEGEL: Mehr als 10 000 Männer sowie gut 1200 Frauen wollten für die 290 Parlamentssitze kandidieren, darunter bis zu 3000 Reformer, von denen viele abgelehnt wurden, auch Sie. Warum?
Asgharzadeh: Der Wächterrat meint, ich würde mich dem Islam und dem Revolutionsführer nicht verpflichtet fühlen. Das ist eine sehr dehnbare Behauptung, für die es keine Beweise gibt.
Die bekanntesten Gesichter der Bewegung dürfen nicht antreten.
SPIEGEL: Haben Sie Einspruch erhoben?
Asgharzadeh: Ich habe mich an die Wahlaufsicht gewandt, die Teil des Wächterrats ist, und meine Verfassungstreue beteuert. Vergebens.
SPIEGEL: Sie haben 1979 die amerikanische Botschaft in Teheran besetzt und waren in die Geiselnahme von 53 US-Bürgern verwickelt. Inzwischen plädieren Sie für eine vorsichtige Annäherung an die USA. Wieso der Wandel?
Asgharzadeh: Das ist eine lange Entwicklung. Ich gehöre keiner Reformpartei an, aber es gibt eine große Zahl von Menschen, die wie ich den Kurs von Präsident Hassan Rohani unterstützen.
SPIEGEL: Für ihn ist die Ausgrenzung der Reformer ein schwerer Schlag.
Asgharzadeh: Wenn die Radikalen wieder die Mehrheit bekommen, wird er es künftig noch schwerer haben, seine Politik der Öffnung fortzusetzen. Den Nuklearkonflikt aber hat er gelöst.
SPIEGEL: Nun fließen 100 Milliarden Dollar an eingefrorenem Vermögen ins Land.
Asgharzadeh: Wir haben leider eine Schattenwirtschaft und mafiöse Strukturen. Wir müssen die Korruption bekämpfen. Erst wenn das Geld den Leuten zukommt, können wir von einem Erfolg reden.
SPIEGEL: Innenpolitisch steht eine Öffnung noch aus.
Asgharzadeh: In den Bereichen Kunst und Kultur hat es ein wenig Lockerung gegeben. Die Rechte der Menschen werden jedoch weiterhin zu wenig beachtet. red

VAHID SALEMI / AP / DPA

Rohani, Anhänger